

## Inhaltsverzeichnis

<b>Einführung</b>	17
A. Ziel der Untersuchung	19
B. Gegenstand der Untersuchung: Die Durchführungsrechtsetzung der Kommission vor und nach dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon	20
C. Gliederung der Arbeit	22

### *Teil 1*

<b>Die „Durchführung“ des Gemeinschaftsrechts durch die Kommission als Teil der europäischen Rechtsetzungstätigkeit vor dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon</b>	25
---	----

A. Einordnung der Durchführungsrechtsakte in das System der Rechtsakte und Überblick über die Entstehung der Durchführungsrechtsetzung gemäß Art. 202, 3. Sp. und Art. 211, 4. Sp. EG	27
I. Der Begriff der „Durchführung“ als terminus technicus des EG-Vertrags	27
II. Rechtsgrundlage für die Übertragung von Durchführungsbefugnissen	31
III. Die Regelzuständigkeit der Kommission zum Erlass von Durchführungsrechtsakten	35
B. Die Rechtsnatur der Übertragung von Durchführungsbefugnissen im Rahmen der Art. 202, 3. Sp. und 211, 4. Sp. EG	37
I. Die Einordnung der Übertragung von Durchführungsbefugnissen als „Delegation“	39
1. Auslegung des EG-Vertrags	39
2. Der Delegationsbegriff des EuGH	40
3. Im Schrifttum vertretener Delegationsbegriff	42
II. Inhaber der Delegationskompetenz	45
C. Umfang und Grenzen der Delegation von Durchführungsbefugnissen	48
I. Abstrakt-generelle Rechtsakte als Durchführung des Gemeinschaftsrechts	49
1. Durchführung und wesentliche Grundzüge einer Materie – Der Versuch einer materiellen Begriffsbestimmung	50
a) Die Delegationsvoraussetzungen der Meroni-Rechtsprechung	52
b) Die Ermessensgrenzen des Rats bei der Delegation von Durchführungsbefugnissen	53
c) Das Ermessen der Kommission zur Konkretisierung der übertragenen Befugnisse	67
d) Die Grenzen der Selbstermächtigung des Rats	69

e)	Der Einfluss der verfassungsvertraglichen Kategorie der „delegierten Europäischen Verordnung“ auf die Wesentlichkeitsrechtsprechung des EuGH .....	74
2.	Deutsche und europäische Wesentlichkeitstheorie im Vergleich ....	77
3.	Der Vorbehalt des Gesetzes im Gemeinschaftsrecht .....	81
a)	Grundrechtsrelevanz als mitbestimmendes Kriterium der Wesentlichkeit?.....	85
b)	Ausblick: Notwendige Reformen hinsichtlich der Ausgestaltung der Durchführungsbefugnisse der Kommission .....	88
II.	Einzelfallmaßnahmen als Durchführung des Gemeinschaftsrechts.....	89
D.	Die normenhierarchische Verortung der Durchführungsrechtsakte: Normenhierarchie oder Verhältnis partieller Hierarchisierung? .....	91
I.	Primärrecht und Sekundärrecht .....	91
II.	Tertiärrecht .....	93
III.	Auflösung von Normenkollisionen innerhalb des Sekundärrechts .....	96
IV.	Das neue System der Durchführung im gescheiterten Vertrag über eine Verfassung für Europa und die damit verbundenen Auswirkungen auf die Normenhierarchie im Unionsrecht.....	97
1.	Die Entwicklung vom uniformen zum zweigliedrigen Durchführungsmodell .....	99
2.	Normenhierarchien im gescheiterten Vertrag über eine Verfassung für Europa .....	101

## *Teil 2*

### **Die Übertragung von Durchführungsbefugnissen unter Einschaltung von Ausschüssen – Die Komitologie vor dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon** 108

A.	Begriff und Funktion der Komitologie, Aufbau und Arbeitsweise der Ausschüsse .....	109
B.	Aufgaben der Kommission und der Ausschüsse .....	112
C.	Die Entstehung der Komitologieausschüsse .....	115
I.	Der erste Komitologiebeschluss aus dem Jahr 1987 .....	119
II.	Der Modus vivendi im Mitentscheidungsverfahren .....	123
III.	Der zweite Komitologiebeschluss aus dem Jahr 1999 .....	125
IV.	Komitologie im Verfassungsentwurf .....	131
V.	Der dritte Komitologiebeschluss aus dem Jahr 2006 .....	132
1.	Definition (quasi-)legislativer Maßnahmen .....	135
2.	Der Umfang des parlamentarischen Prüfungsrechts.....	136
3.	Die Umsetzung des Komitologiebeschlusses .....	139
4.	Bewertung der Reform .....	140
D.	Bedeutung der Komitologie .....	141
E.	Anforderungen an eine Reform der Komitologie .....	149
I.	Die Einbeziehung von spezialisierten Agenturen in den Komitologieprozess.....	149

## Inhaltsverzeichnis

II. Steigerung der Transparenz .....	153
III. Reduzierung der Verfahrensarten .....	156
IV. Stärkung des Europäischen Parlaments .....	158
V. Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips .....	159
F. Regelung brisanter Politikbereiche im Rahmen der Komitologie und die Herausarbeitung der einzelfallbezogenen Durchführung als eigene dogmatische Kategorie der Art. 202, 3. Sp. und 211, 4. Sp. EG .....	161
I. Das Konzept der Durchführung als Einzelfallmaßnahme am Beispiel der Europäischen Produktzulassungsentscheidungen .....	163
1. Dezentrale Zulassungsverfahren – überwiegende Verfahrensherrschaft der Mitgliedstaaten .....	165
2. Zentrale Zulassungsverfahren – Verfahrensherrschaft der Kommission .....	169
3. Fazit .....	176
II. Einzelfallbezogene Durchführungsrechtsakte als eigene dogmatische Kategorie .....	178
1. Einzelfallbezogene Durchführungsrechtsakte und Anhörungsrechte Betroffener .....	179
2. Einzelfallbezogene Durchführungsrechtsakte und Individualrechtsschutz auf Gemeinschaftsebene .....	183
a) Kein unmittelbarer Rechtsschutz gegen abstrakt-generelle Durchführungsrechtsakte .....	185
b) Direkte Klagemöglichkeit gegen einzelfallbezogene Durchführungsrechtsakte .....	189
III. Ausblick: Notwendige Reformen des Individualrechtsschutzes .....	193

### Teil 3

#### **Die „Durchführung“ des Unionsrechts durch die Kommission als Teil der europäischen Rechtsetzungstätigkeit nach dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon** 196

A. Die neue Typologie der Rechtsakte nach dem Vertrag von Lissabon .....	197
I. Gesetzgebungsakte .....	198
II. Rechtsakte ohne Gesetzescharakter .....	200
1. Delegierte Rechtsakte .....	202
2. Durchführungsrechtsakte .....	214
B. Konsequenzen der neuen Typologie der Rechtsakte nach dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon .....	224
I. Die Wandlung des Begriffs der „Durchführung“ durch die Einführung der Kategorie der „delegierten Rechtsakte“ und der „Durchführungsrechtsakte“ in Art. 290 und Art. 291 AEUV .....	224
II. Die Übertragung der Befugnis zum Erlass von delegierten Rechtsakten gemäß Art. 290 AEUV: Der neue unionsrechtliche Delegationsbegriff .....	226
III. Der Wegfall der Beteiligung der Komitologieausschüsse im Anwendungsbereich des Art. 290 AEUV .....	227

IV. Die verfahrenstechnische Ausgestaltung der Kontrollrechte des Europäischen Parlaments und des Rats bei der Übertragung delegierter Befugnisse .....	231
V. Die Einbindung des Komitologieverfahrens in die neue Rechtslage: Die Komitologieverordnung Nr. 182/2011/EU .....	233
1. Die Verfahrensarten .....	234
2. Kritische Würdigung der Komitologieverordnung Nr. 182/2011/EU .....	239
a) Die untergeordnete Rolle des Beratungsverfahrens und die Unverbindlichkeit der Kriterien zur Wahl einer Verfahrensart ....	239
b) Die unvollkommene Reduzierung der Verfahrensarten durch die Einführung des Berufungsausschusses .....	241
c) Die Verlagerung der Kontrollbefugnisse des Parlaments und des Rats auf die Mitgliedstaaten .....	242
d) Weniger Komitees – mehr Transparenz? .....	244
e) Keine verpflichtende Einbeziehung von spezialisierten Agenturen in den Komitologieprozess trotz expliziter Anerkennung des Agenturwesens im Vertrag von Lissabon .....	247
3. Umstellung von „Altrechtsakten“ auf das neue System der delegierten Rechtsakte und der Durchführungsrechtsakte .....	250
C. Verhältnis zwischen Art. 290 und Art. 291 AEUV .....	253
D. Normenhierarchien im Unionsrecht nach dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon .....	261
I. Die Neugestaltung der Rechtsakttypen: Normenhierarchische Konsequenzen? .....	261
II. Das normenhierarchische Verhältnis von Gesetzgebungsakten und Rechtsakten ohne Gesetzescharakter sowie von delegierten Rechtsakten und Durchführungsrechtsakten .....	262
III. Zusammenfassung .....	267
E. Rechtsschutz gegen abgeleitetes Unionsrecht nach dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon .....	268
I. Ausgangspunkt: Rechtsschutzlücken im gemeinschaftsrechtlichen Regime der Nichtigkeitsklage .....	270
II. Individualrechtsschutz gegen abstrakt-generelle delegierte Rechtsakte und abstrakt-generelle Durchführungsrechtsakte .....	271
III. Individualrechtsschutz gegen konkret-individuelle Durchführungsrechtsakte .....	275
IV. Fazit .....	277
<b>Zusammenfassende Betrachtung und Ausblick</b> .....	281
A. Zusammenfassung der Untersuchungsergebnisse .....	281
B. Schlussbemerkung und Ausblick .....	286
<b>Literaturverzeichnis</b> .....	290
<b>Sachverzeichnis</b> .....	314